



## Linkspolitiker Kuschel in Schleiz: Land zahlt weiter Fusionsprämie

Linkspolitiker Frank Kuschel ließ in Schleiz mit einer Neuigkeit aufhorschen. Das wolle die Fusionsprämie für Landgemeinden weiter zahlen, weiß er.

Dass das Land Thüringen auch über den Monat März hinaus eine Fusionsprämie pro Einwohner an Gemeinden zahlt, die sich zu einer Landgemeinde mit über 4000 Einwohnern zusammenschließen, war eine Neuigkeit, die aufhorschen ließ beim Kommunalpolitischen Forum der Partei Die Linke im Saale-Orla-Kreis.

Schleiz. Landtagsmitglied [Frank Kuschel](#) hatte diese Antwort am vergangenen Mittwochabend während einer Landtagssitzung vom Thüringer Innenminister auf eine Anfrage erhalten.

Auch mit der Information über Teilentschuldungen konnte der linke Haushaltspolitiker Sonnabendvormittag im Schleizer Atrium-Haus Zuhörer und Diskussionspartner aus Stadt- und Gemeinderäten sowie dem Saale-Orla-Kreistag erfreuen. Demnach zahlt das Land an neu gebildete große Gemeinden die Differenz zwischen ihrer aktuellen finanziellen Situation und dem Niveau, mit dem sie die dauernde Leistungsfähigkeit erreichen.

Die Linke hatte eingeladen, sich in erster Linie speziell zu den vielen offenen Fragen, die gegenwärtig zu den von der Regierung gewünschten und auch von der Partei Die Linke unterstützten größeren Gemeindestrukturen im Gespräch sind, Antworten zu holen.

Frank Kuschel nahm in diesem Zusammenhang zum Beispiel den Teilnehmern die Hoffnung, mit weniger als 3000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister zu bekommen. Auch bei seinem Beispiel mit 2960 Einwohnern war das abgeschmettert worden.

Im Gesprächen über den gegenwärtigen Prozess in unserer Region machte Günter Hellfritsch aus Tanna auf die deutlich sichtbare Tendenz der Entsolidarisierung aufmerksam. So lasse man z. B. das finanzschwache Gefell auf der Strecke, indem sich die stärkeren Partner Tanna und Saalburg verbünden. Carmen Wiesel, Stadtratsmitglied in Wurzbach, bestätigte die von [Frank Kuschel](#) vorgetragene Forderung nach einem zumindest groben Leitbild der Landesregierung für eine künftige Verwaltungslandkarte. Für die Räte und Einwohner wäre das immens wichtig, um ihnen das Gefühl zu geben, ihre Ideensuche geschehe nicht an der Landespolitik vorbei und sei vor allem nicht eventuell umsonst.

In Thüringen haben bisher um die 100 Gemeinden Anträge zu einer Neugliederung gestellt.

Judith Albig / 04.04.11 / OTZ